

Volksaufstand kann dieses Regime verjagen. Die Liberalen und Neoliberalen in Ungarn wollen dies nicht sehen. Die westlichen Regierungen haben sich mittlerweile mit Orbán arrangiert, sich praktisch hinter ihn gestellt, denn in Ungarn und in den meisten anderen osteuropäischen Ländern verbindet sich die Unterwerfung unter Brüsseler und andere Spar- und Reformdiktate mit einer radikalen pro-atlantischen Politik. Die USA haben sich militärisch in Osteuropa endgültig eingerichtet, sie baut ihre gegen Russland gerichteten Militärbasen und -strategien stetig aus. Dabei wird behauptet, dass auf diese Weise die Demokratie gegenüber dem autoritären russischen System verteidigt wird. Aber indem die NATO und die USA sich so verhalten, legitimieren, sanktionieren sie eben die Grundlagen der autoritären Regime in der Region. Diese autoritären Systeme werden überall von den Verhältnissen des oligarchischen Kapitalismus bestimmt. Das russische Macht- und Wirtschaftssystem wird von den Ländern des Zentrums militärisch und wirtschaftlich bedrängt und isoliert, und aus dieser Motivation heraus wird sogar das ukrainische Pro-Nazi-Regime »erhalten«.

Ist diese Haltung der parlamentarischen Opposition schuld am Fehlen einer linken Alternative in Osteuropa?

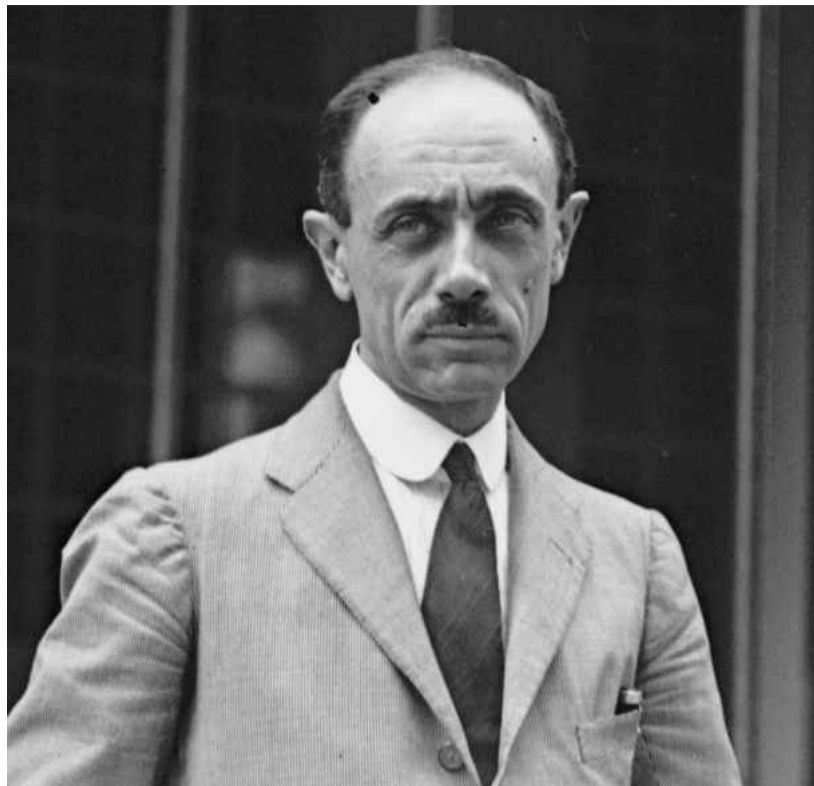
Dass die Opposition sich sogar mit der extremen Rechten zusammenschließen will, verrät so einiges über deren Engagement für die Demokratie und ihre ehrliche Sehnsucht nach gesellschaftlichem Fortschritt. Die Opposition will an der Abgeschlossenheit des Systems nach links und seiner Offenheit nach rechts nichts ändern. In Osteuropa haben sich die Triebkräfte für einen wahrhaftigen Fortschritt im begrifflichen und politischen Rahmen der Demokratie erschöpft, wenn es sie denn je gegeben hat. Noch nach dem Systemwechsel, ja, sogar bis in die Mitte der 1990er Jahre konnte über das »Nachholen« und das »Einholen« Westeuropas geschwafelt werden, aber dieses Gerede kaufen die Menschen den Eliten heute nicht mehr ab.

In Ungarn führen heute sogar die Verkaufsstellen für Tabakwaren den Namen »Nationale Verkaufsstelle«. In der Ukraine arbeitet das bandenartige Pro-Nazi-Regime seit 2014 de facto am Massenmord, in Lettland gibt es öffentliche Unterstützung für die Verherrlichung der Waffen-SS, in Ungarn fordert ein der Fidesz zugehöriger Politik-Halodri namens Lezsák die Errichtung einer öffentlichen Statue für den großen antisemitischen Politiker des Horthy-Zeitalters, Pál Teleki. In unseren Breiten feiert die Geschichtsfälschung auf der Grundlage von Russophobie und Antisemitismus, Antisemitismus und Fremdenhass fröhliche Urstände.

Können Sie uns angesichts dieser schockierenden Bestandaufnahme Genaueres erzählen über den Zustand der zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Ungarn?

Die systemkritische Linke in Ungarn und in Osteuropa knüpfte zunächst große Hoffnungen an die zivilgesellschaftlichen Bewegungen als neue Basis des antikapitalistischen Widerstandes. Wir erinnern uns noch gut an unsere ursprünglichen Vorstellungen, die wir in Budapest und Wien, Moskau und Paris, Prag und Ljubljana, formulierten. In Abgrenzung von der stalinistischen Restauration einerseits und der kapitalistischen Restauration andererseits kann eine Alternative entwickelt werden, die auf der gesellschaftlichen Selbstorganisation, auf der Zivilgesellschaft als gesellschaftlicher Gegenmacht beruht. Dies war das Konzept des tertium datur, der dritten Möglichkeit.

Realiter sind in Ungarn die antikapitalistischen bzw. systemkritischen Organisationen und Netzwerke stark zersplittert. Im Grund lassen sich drei Richtungen unterscheiden. Die Ungarische Vereinigte Linke (Magyar Egyesült Baloldal, Mebal), bringt Gruppen wie Attac Ungarn, die Stiftung Ungarisches Soziales Forum und kleine Vereine wie den Arbeiterfreizeitverein von Franzensstadt, einem Stadtteil von Budapest, zusammen. Bei den InitiatorInnen und AktivistInnen handelt es sich in der Mehrheit um marxistische Intellektuelle. Dieses Netzwerk befasst sich, ganz so wie verwandte Gruppierungen in Westeuropa und Russland, einstweilen nicht mit dem Anliegen einer Parteigründung, sondern fo-



Pál Teleki, Ministerpräsident Ungarns 1920-1921 und 1939-1941 Foto: akg



Ferenc Gyurcsány, Ministerpräsident Ungarns von 2004 bis 2009 Foto: AFP

kussiert auf soziale Projekte, die, so der Gedankengang, dem Schutz der unteren gesellschaftlichen Schichten dienen sollen. Die Zahl der Mitglieder und Unterstützer dürfte sich auf einige Hundert Personen belaufen. In ihren öffentlichen Stellungnahmen unterstreicht die Mebal, dass sie Parteigründungen unter den jetzigen Bedingungen deswegen ablehnt, weil es ohne bedeutende finanzielle Mittel und eine entsprechende Infrastruktur und insbesondere ohne breite gesellschaftliche Unterstützung nicht möglich ist, die radikale Linke auch nur in die Nähe einer parlamentarischen Vertretung zu bringen.

Als zweite markante Richtung ist die Partei Grüne Linke (Zöld Baloldal) zu nennen. Die Grüne Linke ist ein Zusammenschluss aus der Ungarischen Arbeiterpartei 2006 (Magyarországi Munkáspárt 2006, Mitglied der Europäischen Linken) und der Gruppierung Grüne Linke. Die Partei ist bei den Parlamentswahlen von 2010 und 2014 zwar angetreten, konnte aber nirgendwo auch nur eine Wahlliste aufstellen. Auch bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften ist es ihr nur selten gelungen, einen eigenen Kandidaten zu nominieren. In solchen Fällen ruft die Partei ihre SympathisantInnen dazu auf, entweder die Ungarische Arbeiterpartei oder die Abspaltung Ungarische Arbeiterpartei 2006 zu wählen.

Das dritte klar erkennbare Lager der systemkritischen Linken besteht aus anarchistischen und anarcho-kommunistischen Gruppierungen, die miteinander rivalisieren. Hier wird dem Staat ebenso wie jeder traditionellen Form der politischen Organisation der Kampf angesagt. Dieses Lager verkörpert die Idee der Linken als politischer Subkultur. Happening in der liberalen Presse ist vielen VertreterInnen wichtiger als die Massenaktion. Die Vertreter dieses Lagers begreifen sich als antifaschistisch und antirassistisch.

All diese Gruppierungen sind eng mit jenen antikapitalistischen Traditionen der Region verbunden, die sich durch gesellschaftliche Selbstorganisation vom Kapitalismus abkoppeln wollen. Zu denken ist hier an die Jahre 1945 bis 1948 und später die Solidarnosc in Polen, an 1905, 1917 und 1989 bis 1991 in Russland bzw. der

Sowjetunion, und an die selbsttätigen Arbeiterräte und Arbeiterkomitees, die die Vergesellschaftung des Staatseigentums anstrebten. Unter dem Druck der neoliberalen Weltordnung und der kapitalistischen Restauration in Osteuropa ist es aber heute kaum möglich, kraftvoll an diese tatsächlich radikalen, zivilgesellschaftlichen Experimente anzuknüpfen. Unterdessen verwendet der ungarische Staat auch im Jahr 2016, 60 Jahre nach dem Aufstand von 1956, große Energie darauf, die Erinnerung an 1956 zu enteignen. Eine noch nie gesehene Propagandakampagne und Monsterkonferenzen an den Universitäten verbreiten die Fidesz-Programmatik der »nationalen Zukunft« und die Botschaft der Systemlegitimation. Zugleich wird seit der Wende das Erbe der Arbeiterräte oder verfälscht. Dies ist ein weiterer Beweis der extremen Schwäche der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in unserer Region auch 25 Jahre nach der Wende.

Sehen Sie eine Chance, dass sich die Dinge für die Linke politisch zum Besseren wenden könnten?

Die zentrale Frage ist, ob es in der heutigen Situation möglich ist, »organisierte Zentren« des Antikapitalismus aufzubauen. Dabei geht es nicht um irgendeinen bürokratischen Apparat. Der Vorstellung der netzwerkförmigen Organisation, die schon bei Lenin auftaucht, haftet in ideologisch-theoretischem wie praktisch-politischem Sinne eine gewisse Genialität an, denn sie sucht nach den schwachen Punkten des kapitalistischen Systems. Wenn bestimmte Gruppierungen und Bewegungen heute jede auf Disziplin basierende Organisationsform ablehnen, dann verstehen sie nicht, was die russischen Sozialdemokraten bereits vor mehr als einem Jahrhundert begriffen haben. Damals und dort ging die – in unseren Tagen so nicht mehr durchsetzbare – politische Revolution von einem solchen »organisierten Zentrum« aus. Heute ist die kapitalistische Ausbeutung in Europa anders organisiert, die Krise hat eine andere Struktur, deswegen müssen auch die »organisierten Zentren« eine andere Gestalt annehmen als zu Lenins



Miklós Horthy, Staatschef des Königreiches Ungarn 1920-1944 Foto: imago



Viktor Orbán, Ungarns amtierender Ministerpräsident Foto: AFP

Zeiten. Eine wirkungsmächtige antikapitalistische Bewegung ohne Arbeiterbewegung ist nicht möglich. Gerade weil das Kapital und der Staat die gesellschaftlichen Bewegungen effektiv von den Arbeitsplätzen fernhält, wären übergreifende, diese Sphäre einbeziehende Organisationsbestrebungen besonders wichtig. Doch dies ist das komplizierteste Problem. Die heutigen systemkritischen Organisationen erreichen nicht einmal die jugendlichen Arbeiter, haben sich dies noch nicht einmal konkret zur Aufgabe gemacht. Die kapitalistische Arbeitsteilung zersplittert den organisierten Widerstand der Arbeiterschaft, und das Bewusstsein der Arbeiterklasse wird von den manipulativen Strukturen des Systems beherrscht.

Sehen Sie eine politische Perspektive darin, wenn die Linke versucht, sich den Nationalismus zu nutze zu machen?

Mit ihrer EU- und Euro-Feindlichkeit führt die nationale Romantik nicht nach links, sondern treibt die ganze Region in die Richtung des nationalen Populismus, wie ihn Viktor Orbán verkörpert. Der Nationalstaat weist gegenüber der EU keinerlei fortschrittliche Momente auf, er verhüllt vielmehr den Kampf verschiedener Gruppen der Bourgeoisie und steht für manche Linke anstelle des Nachdenkens über die Überwindung des Kapitalismus. Der romantische Kommunismus hält ebenfalls keine adäquaten Lösungen parat für jene gesellschaftlichen Experimente, denen es um die globale Überwindung des Kapitalismus zu tun ist. Ohne breiten gesellschaftlichen Widerstand geht es nicht.

Die heutige Zeit ist zweifellos eine Zeit der Schaffung der Voraussetzungen für »organisierte Zentren«, und es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Analyse der Lage der Dinge unzulässig vereinfachen und die Buntheit und Vielfältigkeit des Aktivismus ignorieren würden. Am schlimmsten ist es, wenn sich die verschiedenen Gruppen unnötig aneinander reiben, sich gegenseitig verletzen. Von der politischen Strategie her gesehen ist klar, dass die Lösung nur eine sein kann, die dem Kapital wehtut. Der Kern der Sache besteht

darin, die Produktion des Profits zu verhindern, und das heißt, dass nicht die Wall Street, sondern die Arbeitsplätze besetzt werden müssen. Das ist leicht gesagt, aber in der Praxis sehr kompliziert. Die Arbeitenden müssen ihre eigenen Vertreter wählen, die im Wege der Zentralisierung von unten nach oben die unterste Stufe des organisierten Gemeineigentums entwickeln. Und darüber, wie das gehen kann, wissen wir viel – aus der Geschichte der Revolutionen und aus den Werken von Marx, Luxemburg, Lenin, Gramsci und anderen.

Gibt es etwas, was Sie heute fundamental anders sehen als vor 20 Jahren? Sind Sie klüger geworden?

Ich denke, dass ich die Geschichte des osteuropäischen Staatssozialismus und jene des Systemwechsels selbst heute differenzierter sehe als 1989. Im Geiste des Humanismus sage ich heute wie damals, dass keine Art der Apologetik des kapitalistischen Systems akzeptabel ist, doch habe ich besser zu verstehen gelernt, wie außerordentlich tief verwurzelt das kapitalistische System im Denken der Menschen ist. All die negativen »Prophetieungen«, die ich im Jahr 1989 und Anfang der 1990er Jahre gemacht habe, sind leider wahr geworden, dasselbe gilt für meine optimistischen Vorhersagen leider nicht. Viele Freunde und Genossen haben mit der Distanzierung vom Staatssozialismus auch alle progressiven kulturell-sozialistischen Traditionen weggeworfen. Dies lehne ich als sektiererischen Fehler ab. Je umfassender die Tradition ist, mit der wir gegen den Kapitalismus mobilisieren können, desto besser.

Der Systemwechsel und alles, was danach geschehen ist, hat für mich bewiesen, dass es sich vom theoretischen, methodologischen und politischen Standpunkt her lohnt, konsequent zu Marx und zum revolutionären marxschen Erbe mit seiner antistalinistischen und antikapitalistischen Botschaft zu stehen. Nach 1989 konnte ein reales Lebensziel letztlich bestenfalls wohl darin bestehen, den Fortbestand eines systemkritischen, antikapitalistischen Denkens zu sichern, und ich glaube, dazu haben wir einen gewissen Beitrag geleistet. Das ist nicht viel, aber auch nicht nichts.

»Es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Analyse der Lage der Dinge unzulässig vereinfachen und die Buntheit und Vielfältigkeit des Aktivismus ignorieren würden.«

Lesen Sie online: Die Nachaffung des Westens kann nicht Ziel der Linken sein. nd-Interview mit Tamás Krausz von November 1997: dasND.de/krausz